

Postliche



Zeitung

10 Pfennig

Gegebezeit

1704

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlags-, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein Buchvertrieb; Georg Bornberg, Verantw. Redakteur: im. Ams. & Handeltreibl.; Carl Wlach, Berlin, Ullstein.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600-3605 für den Fernverkehr; Amt Dönhoff 3606-3608, Telegramm-Aдрес: Ullsteinw. Berlin. Postfach-Nr. Berlin 988

Disfionterhöhung auf 7 Prozent

Die Reichsbank hat den Diskont von 6 auf 7 v. H., den Lombardzinsfuß von 7 auf 8 v. H. erhöht. Die Diskontföherung um ein volles Prozent, die in der heutigen Zentralauschufß-Sitzung der Reichsbank von Dr. Schacht begründet wurde, hat in den führenden Wirtschaftskreisen Entsetzen hervorgerufen.

Auffände in Mexiko

Rabellenß der „Postlichen Zeitung“

wach Kato Dorf, 4. Oktober

Die kommende Präsidentschaft in Mexiko wird die Schalten voraus. Hauptkandidat für den Präsidentschaften ist der ehemalige Präsident Obregon, der Vorgänger des jetzigen Präsidenten Calles. Daneben machen aber, wie stets, einige Generale ihre eigene Kandidatur geltend, die mit ihren Truppen seit längerer Zeit einen Kampf gegen die Regierung führen. Zu der Wahl Mexiko ist geforra wieder eine Unruhen einzelne Teile der Gornitien ausgebrochen. Es handelt sich um zwei Kampagnen, die unter Führung des Stadtkommandanten pläzigt um Wälermacht die Stadt stellen. Man nimmt an, daß sie sich den aufständischen Truppen der beiden Generale Carranza und Gomez angeßließen haben, die die Wiederwahl des früheren Präsidenten Obregon beßwipfen.

Mehre Einzelheiten lassen sich vorläufig nicht feststellen, da alle telegraphischen und telephonischen Verbindungen seit der Nacht vom Sonntag auf Montag abgeßchnitten sind. Die einzige Verbindung, die durchden, besteht eine Verbindung Obregon, monach der Auftrage folgeßchlagen sei und der häufige Zusammenßtoß der Aufßtanbewegung zu erwarten sei.

Was Präsidentschaften ergibt sich folgendes Bild des Aufßtanbes: Es beßehen drei Aufßtanbeßüge, 1. 800 Aufßtanbeßüge aus Mexiko City selbst, die bei Texcoco gefehlt sind und deren Bemüpfung für Dienstag angeßündigt wird — die Aufßtaner ist der bisherige Stadtkommandant von Mexiko City —, 2. zwei aufßtändereiche Elemente unter dem General Gomez in Veracruz, deren Unterwerfung innerhalb 40 Stunden verßprochen wird, 3. eine unbekannt Zahl Aufßtaner unter dem General Carranza in Veracruz im Staat Coahuila, die bereits noch beßtändigem Kampf beßwipfen und entworfen wurden. Genera Gomez und Carranza sind Hofßelßelbe ausgeßteilt, ihre Kandidaturen sind damit erledigt, wenn sie nicht durch Waffengewalt ößtogen fallen. Obregon hat sich der Regierung vollkommen zur Verfügung gehalten. Er verwehndete mit Calles die Frage nach über die Kampfßtanbeßüge und wußßigenfalls die Aufßtanbewegung aufgeben, um das Truppenkommando zu übernehmen.

Die spanische Verßchwörung

Nachrichtendienst der „Postlichen Zeitung“

* Madrid, 4. Oktober

Der Völkerverßtand erklärte, daß die Unterwerfung der neuen Verßchwörung in Spanien noch nicht abgeßchlossen ist. Er machte keine Angaben über die Anzahl der Verßchwörer und nannte auch keine Namen. Er teilte mit, daß die Bomben in einem kleinen Pousa jenseits des Managanens hinter einem Friedhof fabriziert und gefunden worden seien.

König Boris unterßählt sich mit Mussolini

Nachrichtendienst der „Postlichen Zeitung“

in Rom, 3. Oktober

Heber den Außenßtan des Inßanits in Italien wählenden Königs von Bulgarien wird nun amßändliche Communiqués ausgegeben, aus dem hervorgeht, daß König Boris auch einen Zug lang Oost des italienischen Königs auf dessen Sandßtan in San Stefano aus. Boris ist vorzueßten in Rom eingetroffen; er empfangt gefehlt Mussolini in seinem Hotel, und der Bericht fihrt hinzu, daß die Unterredung über eine Stunde gedauert habe. Die Unterredung awßischen dem Monarchen und dem italienischen Duce wurde überdes heute nachmittag in der Villa Terlonia fortgeßetzt, wo Mussolini seinen Oost zum Tee empfangt.

Auf dem Wege zum Einheitsstaat

Ein Initiativ-Wort der Länder / Der Schwierige Finanzausgleich / Die Vereinigung der Enklaven

In dem offiziellen Communiqué über die gefehlte gemeinsame Beratung von Vertretern der Reichs- und Länderegierungen unter der Vorßiß des Reichskanzlers wird mitgeteilt, daß innerhalb kurzer Frist eine Konferenz von Vertretern der Reichs- und Länderegierungen stattfinden soll zur gründlichen Erörterung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Diese Mitteilung ist von außerordentlicher Bedeutung. Sie kündigt die Anstellung des bisherigsten Reichspräsidenten an: ob das Deutsche Reich den Oost des föderativen Einheitsstaats, der ihm nach der Weimarer Verfassung noch gefehlt ist, weiter konferenzieren will, oder ob das deutsche Volk endlich zu dem Einheitsstaats gelangen will, der in Weimar sich nicht verwehndet hat.

In der „Postlichen Zeitung“ ist bereits am Sonntag ausführlich berichtet worden, daß in der Länderegierung die Antragung gefehlt wurde, auch einmal ernstlicher und föhlicher als es bisher immer gefehlt konnte, eine Reform der in den politischen Ordnung zu verßuchen. Durch das gefehlte amßändliche Communiqué erfährt diese Antragung ihre formelle Verßätigung. Seit Monaten ist bekannt, daß vornehmlich in Südbußden Ländern die Einßicht immer mehr an Boden gewinne, daß dieses Verßändner von Reich und Länder nach die Dauer die politische und finanzielle Unabhängigkeit beßwipfen. In Südbußden Regierungen, aber auch von nordwestlichen Ländern wurde in inoffizieller Form, mehrfach die Antragung zu einer prinzipiellen Erörterung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern mit dem Ziele einer Schaffung des Einheitsstaates gegeben. Den höchsten Antrieb dazu hat ungeschwächt die mäßliche Finanzlage Südbußden Länder gegeben, die nicht nur durch die Besatzungsreform allein zu fähig ist, sondern in, wie die einzelnen Ministerpräsidenten und Finanzminister der Länder be-

gefehlt wird. Selbst wenn in dem Finanzausgleich-Ostef, das in beßimmter Form erst 1929 gefehllen werden soll, die Wünsche der Länder in weitergehendem Maße beßwipflicht werden sollten, würde trotzdem die finanzielle Basis vor allem der Südbußden Länder auf die Dauer ungenügend bleiben, während die Länder an eben finanziellen Schwierigkeiten nicht herauskommen vermögen. Dazu kommt noch daß immer mehr folgende Verhältnisse beßwipfen, daß die eigene Erßistenz der Länder keine innere Befriedigung mehr hat, daß dieses Nebeneinander von Reichs- und Länderegierungen, von Reichstag und Landtagen, von Gleichartigkeit der Verßahren, durch die eine Doppeltröple von Beamten und ein föhliches Misch an Verwaltungsberehlt beßwipfen, die föhlig überflüssig und föhlich sind. In diesen Erörterungen wurde auch die Frage der Enklaven angeßprochen, die — nach dem Fortfall der Oßnatten — eben Ein verlieren haben und auf jeden Fall in irgendeiner Form aufgestellt werden müßten.

Um diese Erörterungen haben sich in der Ländertreffen vom Montag zu dem Antrag verßichtet, in einer Konferenz zwischen Reich und Ländern den Verßuch, eine Vereinigung des staatsrechtlichen Verhältnisses zu machen, zu unternehmen. Der Antrag ging aus von dem Regierungsoßf eines nordwestlichen Staates und zielt ab auf die Schöpfung des deutschen Einheitsstaates. Der Verßuch der Konferenz gefehlt hat bei den Ministerpräsidenten der Länder kaum einen Widerspruch hervorgerufen. Es ist im Ößgentel festzustellen, daß er lebhaft jedoch von den Regierungen Südbußden Länder als mehr oder weniger Ößnatten aufgeßriffen zu dem Südbußden beßwipflicht worden ist. Insbesondere der Oßanke der Verßetzung der Enklaven fand starke Meinungen. Von dem Ministerpräsidenten eines Südbußden Landes wurde erklärt, daß das Nebeneinander von Reich und Ländern eine Unmöglichkeit darstelle, daß seine Regierung bereits seit langem erlangen habe, beim Reich den Antrag zu stellen, das Land als Reichsländ zu erklären. Ein anderer Ministerpräsident verlangte, daß die Bundeskonferenz mit mößlicher Verßichtung einberufen werden solle. Es ist beßwipflicht, sie bereits im November stattfinden zu lassen.

Hindenburgs Dank an Coolidge

Reichspräsident v. Hindenburg hat folgendes Telegramm an Präsident Coolidge nach Washington gefehlt: „Für die mich aufrichtig erfreuenden Glückwünsche, die Sie, Herr Präsident, anßich meines 80. Geburtstages an mich gefehlt haben, bitte ich Sie, meinen herzlichsten Dank entgegenzunehmen. Der Freundesbesuch des amerikanischen Volkes an das deutsche Volk, die Mühe, die anzuerkennen Wäler übermitteln haben, war mir eine besondere Ocherungstunde. Von Herzen erwärdet ich Ihnen namens des deutschen Volkes.“

Oeben hat der Reichspräsident den anderen fremden Staatspräsidenten, die seines 80. Geburtstages gefehlt haben, seinen aufrichtigsten Dank neßt seinen besten Wängen übermitteln.

Die Geburtstags-Amnestie

Einigen der ursprünglichen Anßicht, hat das Reichsjustizministerium sich jetzt entschlossen, die Namen der 70 zum Reichspräsidenten beßwipflichten Verurteilten nicht zu nennen. Zusammen mit den anderen Wäner Amnestierten würde die Begnadigungsliste viele Tausende umfassen, auch glauht das Justizministerium, daß den Begnadigten, wenn ihre Namen öffentlich bekanntgemacht werden, noch gefehlt die Gefahr droht.

Von dem im ganzen 191 kein politisches Verßahren, die Inßanget von Oerßiden des Reiches abgeurteilt worden sind, hat der Reichspräsident 70 begnadigt. Unter ihnen befinden sich hauptsächlich Angehörige der Kommunistischen Partei, die in den großen Hochverrats- und Sprengstoffprozessen in Oberbayern, Württemberg und Wärttemberg zu größtenteils mehrjährigen Strafen verurteilt worden sind. Wänen von ihnen sind Strafkraften von drei bis vier Jahren zu Oerßigen durch die Amnestie erlassen worden. Ferner sind eine große Anzahl von Personen amnestiert worden, die in den sogenannten Buchhändlerprozessen in Leipzig zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren.

Von dem Verßuch einer Begnadigung von Max Gößel, um wie wir vom Reichsjustizministerium erfahren, ebenso Wäner, genannt, mit einem in der Verßchwörung der an der Ermordung Rathenows Beteiligten.

Wirtschaft und Reform

Zu der Reichstanzel hat heute erneut eine Ministerberprechung über die Besatzungsreform stattgefunden. Es muß auffallen, daß das Reichstanzel sich noch fortgesetzt mit der Besatzungsreform beßwipfen, trotzdem die Vorlagen bereits an die Reichstag gegangen sind und von diesem beraten werden. Die Meinung wird, daß die Besatzungsreform, daß die großen Reichsstaatsverträge auf dem Wege durch den Reichswirtschaftsministerium höhere Bedenken gegen die Besatzungsreform oder richtig: gegen die Rückkehrung der Besatzungsreform auf die Gehälter und Löhne in der Privatwirtschaft geltend gemacht haben. Diese Stellungnahme des großen Reichswirtschaftsverbände ist anßehend nicht ohne Einßuß auf das Kabinett gefehllen. Die Vorlage der Besatzungsreform zurückzuziehen, geht nicht an, wohl aber ist die Verßicherung, daß die Anwesenheit der Reform auf die Verhältnisse, die im Zusammenhang mit den Besatzungsreform, im Reichskabinett nicht auch erlangen, durch welche Maßnahmen eine Staatsanleihe als Folge der Besatzungs der Beamtenbesetzung verßindert werden könn.

Samburg hat als erstes der deutschen Länder in der Wälergesetzgebung beßwipflichten, die Beamtenbesatzungsreform zu Oerßigen. Damit will Samburg seine Beamten vor der hohen Stelle unangenehmen Verhältnisse beßwipflichten. Samburg der Samburg Staat erfordert die Erhöhung der Beamtengehälter jährliche Mehrkosten von 20 Millionen Mark.

Seute vormitag fand unter dem Vorßiß des preußischen Finanzministers Dr. Hoepfer Wäloff in den Räumen des preußischen Finanzministeriums eine Konferenz der Finanzminister der Länder statt, die sich mit der Besatzungsreform und vornehmlich mit der Bedung der durch sie den Ländern entziehenden Rollen beßwipflichten. Vertreter fast aller Länder waren anwesend, die ihre Verordnungen der erßwipf-